

Begründung:

In den vergangenen Monaten ist es zu Fehlentscheidungen im Ausländeramt gekommen. Mitmenschen mit vermeintlich guten Integrationsperspektiven – so die einhellige Meinung vieler ehrenamtlicher Integrationshelfer*innen – wurden aus dem Rhein-Sieg-Kreis trotz drohender Gefahren abgeschoben.

Nachfragen der SPD-Kreistagsfraktion haben ergeben, dass die Bearbeitung von migrationsrechtlichen Fällen in der Regel 6 bis 12 Monate andauern – das ist viel zu lang. So geht viel wertvolle Zeit verloren, die gut für die Integration genutzt werden könnte. Gleichzeitig wurde aus der Antwort der Verwaltung nicht deutlich, aufgrund welcher Kriterien ein migrationsrechtlicher Fall entschieden wird.

Die Frage, ob eine Duldung erteilt, eine Integrationsperspektive eröffnet oder eine Abschiebung vollzogen wird, liegt an der Betrachtungsweise der Amtsleitung oder an der Entscheidung der Sachbearbeiter*innen.

Aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion müssen hier klare Kriterien geschaffen werden, auch um deutlich zu machen, warum beispielsweise ein Asylverfahren negativ beschieden wird. Das schafft Transparenz, Klarheit und Verlässlichkeit. Und kann hilfreich für den Integrationsprozess sein, da diejenigen, deren Verfahren zwar länger dauern, die aber eine gute Bleibeperspektive aufgrund der bekannten Kriterien haben, sich auf ihre Zukunft im Rhein-Sieg-Kreis mit Blick auf Sprache, Arbeit und Wohnen vorbereiten können.